

# Die USA und die zweite nordkoreanische Nuklearkrise

Heinrich Kreft<sup>1</sup>

Anfang Oktober 2002 gestand Nordkorea die Existenz eines geheimen Nuklearprogramms ein, trotz eines Abkommens mit den USA von 1994, in dem Pyongyang die Einstellung desselben vertraglich zugesichert hatte. Bis Ende des Jahres entwickelte sich die nach 1994 zweite nordkoreanische Nuklearkrise, weitaus virulenter und potenziell destabilisierender als die erste, die bis dato anhält. Eine baldige Lösung ist derzeit (Mitte Mai 2003) nicht absehbar.

Während der jüngsten Gespräche zwischen den USA und der DPRK im April in Beijing erklärte Nordkorea, im Besitz von Nuklearwaffen zu sein. Darüber hinaus stehe man kurz davor, aus abgebrannten Atombrennstäben waffenfähiges Plutonium zu erzeugen, woraus fünf bis sechs Atombomben hergestellt werden könnten. Zudem kündigte die DPRK an, ihre Nuklearkapazitäten demonstrieren zu wollen – ein Hinweis auf einen bevorstehenden Atomtest? Damit nicht genug, Pyongyang drohte gar damit, Nuklearmaterial an Dritte zu verkaufen.

Während der Gespräche unterbreitete Nordkorea einen detaillierten Vorschlag zur Aufgabe seines Nuklearprogramms auf der Basis des US-amerikanisch-nordkoreanischen Agreed Framework vom Oktober 1994, allerdings mit der Forderung nach zusätzlichen amerikanischen Konzessionen und mit der Beendigung des Atomprogramms lediglich als letztem Schritt. Darüber hinaus wiederholte Pyongyang seine Forderung eines Nichtangriffpakts mit den USA.

Die Regierung Bush wiederholte ihre alte Position, dass Nordkorea zunächst sein Nuklearprogramm in einer verifizierbaren Form aufgeben müsse. Anschließend sei man bereit, mit Pyongyang Gespräche über eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu führen, wobei allerdings die einzelnen Schritte nicht konkretisiert wurden.

Die Regierung Bush war offensichtlich darüber gespalten, überhaupt an den Beijinger Gesprächen teilzunehmen. Verteidigungsminister Rumsfeld ließ ein Memo-

---

<sup>1</sup> Der Autor ist deutscher Diplomat und derzeit an der Botschaft in Washington tätig. In diesem Beitrag gibt er ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

randum verbreiten, in dem ein gemeinsames Vorgehen mit China postuliert wird, um in Nordkorea einen Regimewechsel herbeizuführen.

## **1 Die nordkoreanische Provokation: Bekenntnis zum geheimen Nuklearprogramm**

Die Regierung Bush gab am 16. Oktober 2002 bekannt, dass die nordkoreanische Regierung gegenüber US Assistant Secretary of State for Asian Affairs James Kelly während dessen Besuch in Pyongyang enthüllt habe, an einem geheimen Nuklearwaffenprogramm auf der Basis der Urananreicherung zu arbeiten. Das überraschende Eingeständnis kam als Reaktion auf die Vorlage entsprechender Beweise durch Jim Kelly – in früheren Fällen hatte Pyongyang derartige Anschuldigungen stets brüsk zurückgewiesen.

Das ursprüngliche Nuklearprogramm Nordkoreas vor 1995 basierte auf der Anreicherung von Plutonium. Das neue, auf Basis der Urananreicherung angelegte Programm entstand mit entscheidender Hilfestellung Pakistans. Im Gegenzug versorgte Pyongyang Pakistan mit ballistischen Raketen mittlerer Reichweite. Die Central Intelligence Agency (CIA) erklärte im Dezember 2002 öffentlich, dass Nordkorea höchstwahrscheinlich in der Lage sei, von 2004 an jährlich zwei oder mehr Atombomben herzustellen.

Als der nordkoreanische Vizeaußenminister Kang Sok-ju gegenüber Kelly die Existenz des geheimen Nuklearprogramms eingestand, erklärte er zudem, dass die DPRK über noch stärkere Waffen verfüge. Nordkorea schlug Verhandlungen über einen bilateralen Nichtangriffspakt sowie eine Übereinkunft mit den USA vor, in der Washington zusage, die Behinderung der nordkoreanischen Wirtschaft zu beenden (*stifling North Korea's economy*). Diese Vorschläge, die Pyongyang während der Beijinger Gespräche vom April 2003 wiederholte, würden nach Aussagen der nordkoreanischen Unterhändler den Weg freimachen, um auch die Auseinandersetzung um das Nuklearprogramm zu beenden.

Einige US-Experten gehen allerdings davon aus, dass der Nichtangriffspakt lediglich ein „smokescreen“ für die alte (seit 1974 erhobene) nordkoreanische Forderung nach einem bilateralen US-amerikanisch-nordkoreanischen Friedensabkommen sei. Beide Abkommen würden das Koreanische Waffenstillstandsabkommen von 1953 ersetzen, und beide sähen keine Einbeziehung Südkoreas vor. Die DPRK hat wiederholt erklärt, dass die Verhandlungen über ein bilaterales Friedensabkommen den Abzug US-amerikanischer Truppen von der koreanischen Halbinsel einschließen. Die USA und auch Südkorea haben diesen Vorschlag eines Friedensabkommens wiederholt zurückgewiesen. Hinter Nordkoreas Forderung nach einer Beendigung der US-amerikanischen Beeinträchtigung (*stifling*) seiner Wirtschaft steht vermutlich die seit 1999 erhobene Forderung nach einer Streichung der DPRK von der US-amerikanischen Liste terroristischer Staaten. Diese würde nämlich den Weg für umfassende Wirtschaftshilfen durch die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die Asiatische Entwicklungsbank freimachen.

Die US-Regierung wurde von den energischen Schritten Nordkoreas Ende Dezember 2002 überrascht, die Nuklearanlagen in Yongbyon wieder in Betrieb zu nehmen und die Mitarbeiter der Internationalen Atomenergiebehörde des Landes zu verweisen, die nach Abschluss des US-amerikanisch-nordkoreanischen Agreed-Framework-Abkommens zur Überwachung der Anlagen in der DPRK stationiert worden waren.

Pyongyang erklärte, nicht nur diesen kleinen 5-MW-Reaktor wieder in Betrieb nehmen zu wollen, sondern auch die nach 1994 eingestellten Bauarbeiten an zwei größeren Reaktoren wieder aufzunehmen. Der Reaktor Yongbyon wurde im Februar 2003 wieder hochgefahren. Pyongyang kündigte auch an, seine Plutoniumanreicherungsanlagen, die ebenfalls 1994 stillgelegt worden waren, wieder in Betrieb zu nehmen.

Während der Beijinger Gespräche erklärten die Unterhändler Pyongyongs, dass die DPRK bereits über Nuklearwaffen verfüge und dass man die Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstäbe zur Erzeugung waffenfähigen Plutoniums nahezu abgeschlossen habe. Dies konnte allerdings aus US-amerikanischen Geheimdienstkreisen bisher nicht bestätigt werden. Pyongyang drohte zudem damit, Nuklearmaterial zu exportieren. Die DPRK trat im Januar 2003 aus dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen (Non-Proliferation Treaty – NPT) aus. Es begründete diesen Schritt mit der US-amerikanischen Einstellung der Schweröllieferungen und dem Vorwurf, die Regierung Bush plane einen präventiven Nuklearschlag gegen Nordkorea. Pyongyang erweiterte diese Vorwürfe, indem es Washington vorwarf, die Nuklearkrise nutzen zu wollen, um – wie den Irak – auch Nordkorea anzugreifen.

Nordkoreas Taktik und Strategie, einschließlich der während der Beijinger Gespräche vertretenen Positionen, scheinen darauf zu zielen, den Druck auf die Regierung Bush zu erhöhen, in Verhandlungen über den von Pyongyang gewünschten Nichtangriffspakt und/oder über ein neues Nuklearabkommen einzutreten, das neue ökonomische Vorteile für die Nordkoreaner bringt. Erpresserische Taktiken waren häufig Bestandteil nordkoreanischer Diplomatie. Weitere Drohungen sind seit Oktober 2002 hinzugekommen, wie die Wiederaufnahme der Tests seiner ballistischen Raketen großer Reichweite und die Intensivierung des Waffenexports. Während der Beijinger Gespräche drohte Pyongyang gar mit der Proliferation nuklearen Materials and der Demonstration seiner Atomwaffen.

Nordkoreas detaillierte Vorschläge, die während der Beijinger Gespräche unterbreitet wurden, basierten auf der Wiedereinsetzung wesentlicher Teile des Agreed Framework von 1994 und beinhalteten auch Vorschläge hinsichtlich des nordkoreanischen Raketenprogramms. Pyongyang forderte allerdings über das Abkommen von 1994 hinausgehende Zugeständnisse von US-Seite.

Der Vorschlag sieht als ersten Schritt die Absichtserklärung der DPRK vor, ihr Nuklearprogramm einzustellen, sowie die Wiederaufnahme der Lieferung von schwerem Heizöl durch die USA, die die Regierung Bush im Dezember 2002 eingestellt hatte. In darauffolgenden Schritten würde Nordkorea erneuten Inspektionen durch die IAEA zustimmen – allerdings beschränkt auf Yongbyon –, würde sein im September 1999 erklärtes Testmoratorium für seine Langstreckenraketen verlängern

sowie den Export von Raketen und Raketentechnologie einstellen. Die USA würden die DPRK mit Energie (Elektrizität) versorgen, den Weiterbau der im Rahmen des Agreed Framework zugesagten beiden Leichtwasserreaktoren betreiben, Nordkorea von der Liste terroristischer Staaten streichen und volle diplomatische Beziehungen zur DPRK aufnehmen. Gleichzeitig würde auch Japan seine Beziehungen zu Nordkorea normalisieren. Zudem würden die USA eine schriftliche, verbindliche Sicherheitsgarantie hinsichtlich sowohl eines nuklearen als auch eines konventionellen Angriffs auf Nordkorea abgeben. Zuletzt würde Nordkorea dann sein Nuklearprogramm definitiv aufgeben und die Anlagen zerstören. Unklar ist, ob der nordkoreanische Vorschlag die Abgabe der US-Sicherheitsgarantie vor oder während des letzten Schrittes vorsieht. Unklarheit besteht auch über den Status des geheimen Programms zur Urananreicherung.

Der Neustart des Yongbyon-Reaktors eröffnet den Nordkoreanern auch die Möglichkeit, vor den Augen der Weltöffentlichkeit Atomwaffen zu produzieren und sich somit zur De-facto-Nuklearmacht zu erklären. Der gefährlichste Schritt aus US-Perspektive sind die nordkoreanischen Bestrebungen, die etwa 8.000 Nuklearbrennstäbe, die in Yongbyon gelagert sind, in die Wiederaufbereitungsanlage zur Gewinnung waffenfähigen Plutoniums zu transportieren. Einmal mit der Wiederaufbereitung begonnen, dürfte es lediglich etwa vier Monate dauern, um das waffenfähige Plutonium zu erzeugen, und weitere ein bis zwei Monate, um vier bis sechs Atombomben daraus herzustellen. Ein solcher „Ausbruch“ würde die Aussichten auf eine Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms auf diplomatischem Weg erheblich verringern.

## **2 Die US-amerikanische Antwort auf die nordkoreanische Provokation**

Die Antwort der Regierung Bush auf die verschiedenen nordkoreanischen Schritte seit Oktober 2002 gründen auf zwei zentralen Faktoren: Zum einen auf dem von Präsident Bush zum Ausdruck gebrachten tiefen Misstrauen gegenüber der DPRK im Allgemeinen und Kim Jong-il im Besonderen. Zum anderen wirken sich hier die erheblichen Differenzen zwischen unterschiedlichen Akteuren innerhalb der Regierung Bush über die zu verfolgende Politik gegenüber Pyongyang aus.

Eine einflussreiche Gruppe setzt sich aus Mitarbeitern des Pentagons und Beratern von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Vizepräsident Cheney und Proliferationsexperten im Weißen Haus und State Department zusammen, Letztere angeführt von Undersecretary of State John Bolton. Diese Gruppe lehnt Verhandlungen mit Nordkorea ab und fordert von Pyongyang einseitige Abrüstungsschritte. Sie befürwortet eine allgemeine Strategie zur Isolierung der DPRK auf diplomatischem Weg und durch Wirtschaftssanktionen mit dem Ziel, einen Zusammenbruch des Kim-Jong-il-Regimes herbeizuführen.

Eine zweite Faktion, vor allem aus Mitarbeitern des State Department, aber auch des Weißen Hauses, angeführt von Außenminister Colin Powell, besteht vor allen

Dingen aus Experten mit Ostasien- und Koreaerfahrung. Diese Gruppe glaubt an die Möglichkeit, die Krise auf dem Verhandlungsweg zu lösen, und glaubt nicht an eine Strategie, den Kollaps Nordkoreas herbeiführen zu können.

Diese Faktoren haben sich auf verschiedene Weise auf die US-amerikanische Nordkoreapolitik ausgewirkt. Die DPRK wurde zu einem vornehmlichen Ziel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, oder in US-Terminologie im „War on Terrorism“, aufgrund des Besitzes und der Produktion von Massenvernichtungswaffen und der Proliferationsaktivitäten Pyongyangs. Die Regierung Bush hat sich bisher weitgehend ablehnend gegenüber Verhandlungen mit Nordkorea gezeigt. Ihre öffentliche Position bestand vornehmlich aus Aufforderungen an die Adresse Pyongyangs zu unilateralen militärischen Konzessionen. Die Regierung Bush betrachtet die DPRK als äußerst schwach und vom Zusammenbruch bedroht. Mitglieder der Koalition Pentagon-Cheney-Bolton gehen davon aus, dass die Provokationen Nordkoreas bis zu einem Punkt eskalieren werden, an dem andere Regierungen bereit sein werden, den USA zu folgen, um die DPRK durch Wirtschaftssanktionen zu isolieren.

Die wesentlichen Positionen der US-Regierung lassen sich wie folgt zusammenstellen:

- *Priorität Irak*

Präsident Bush hat mehrfach erklärt, dass er nicht zwei gleichzeitige Krisen wolle. So ist die etwas skurrile Weigerung Colin Powells und des State Departement zu erklären, im Falle Nordkoreas von einer Krise zu sprechen.

Verschiedene Mitglieder der US-Regierung haben erklärt, dass bis weit ins Jahr 2003 hinein die diplomatischen Bemühungen zur Lösung der zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise im Vordergrund stehen werden.

- *Zunehmende Aushöhlung des Agreed Framework*

Verschiedene Mitglieder der US-Regierung haben erklärt, dass das Agreed Framework beendet werde. Allerdings scheint es derzeit in der Regierung keinen Konsens darüber zu geben, wann dies geschehen soll. Im November 2002 sorgte die Regierung Bush für die Einstellung der Lieferung von schwerem Heizöl durch die Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO), eine Schlüsselkomponente des Agreed Framework. Die DPRK führte dies als Rechtfertigung für die Wiederinbetriebnahme der Nuklearanlagen von Yongbyon an. Südkorea hatte sich gegen die Aussetzung der Öllieferungen ausgesprochen, und die neue südkoreanische Regierung – zusammen mit China und Russland – befürwortet die Wiederaufnahme der Öllieferungen zur Entschärfung der aktuellen Krise. Die nächste große Entscheidung für die KEDO ist die Frage, ob der Bau der beiden Leichtwasserreaktoren, die der DPRK im Rahmen des Agreed Framework zugesagt wurden, fortgesetzt oder suspendiert werden soll. Die Provokationen Pyongyangs seit Mitte Dezember 2002 haben die Regierung Bush möglicherweise in dieser Frage vorsichtig agieren lassen. Im Januar 2003 entschied die Regierung, den US-Kongress um die Bewilligung von 3 Mio. US-Dollar für die Fortsetzung der Aufgaben der KEDO während des gegenwärtigen Haushaltsjahres 2003 zu ersuchen. Der Kongress, wegen der Eskalation der

zweiten nordkoreanischen Nuklearkrise besorgt, ging über diesen Ansatz hinaus und bewilligte 5 Mio. US-Dollar.

- *Ambivalente Haltung gegenüber Verhandlungen*

Bis zum 7. Januar 2003 lehnte die US-amerikanische Regierung Verhandlungen mit Pyongyang über ein neues Abkommen zur Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms ab. Sie bestand vielmehr auf der Einhaltung des bestehenden Abkommens, das von den Nordkoreanern zunehmend missachtet wurde. Die US-Regierung lehnte zunächst den nordkoreanischen Vorschlag direkter Verhandlungen kategorisch ab. Am 7. Januar 2003 schlug die Regierung Bush dann einen Dialog mit der DPRK vor, der aber keine Verhandlung über ein neues Abkommen sein sollte. In einem gemeinsamen Kommuniqué vom 7. Januar mit Japan und Südkorea wurde erklärt: „[T]he United States is willing to talk to North Korea about how it will meet its obligations to the international community [but that] the United States will not provide quid pro quos to North Korea to live up to its existing obligations“ (siehe usinfo.state.gov). Präsident Bush fügte hinzu, dass die USA möglicherweise Energie- und landwirtschaftliche Hilfe leisten könnten, nachdem Nordkorea die US-Befürchtungen hinsichtlich seines Nuklearprogramms zerstreut habe. Außenminister Colin Powell wies gar auf ein „New Arrangement“ mit Nordkorea hin, das das Agreed Framework ersetzen könne (siehe usinfo.state.gov). Allerdings haben sowohl Präsident Bush als auch Mitglieder seiner Regierung wiederholt erklärt, dass die USA nicht bereit seien, irgendwelche Reziprozitäten oder „benefits“ für Nordkorea zu diskutieren, solange Pyongyang sein Nuklearprogramm nicht vollständig und nachhaltig aufgebe.

Im Februar 2003 begannen die USA, einen multilateralen Rahmen für Gespräche mit Nordkorea zu befürworten, und erklärten, über verschiedene Sicherheitsthemen mit Pyongyang reden zu wollen: Nuklearprogramm, Raketen, andere Massenvernichtungswaffen und über konventionelle Streitkräfte. Darüber hinaus sollten aus US-Sicht Südkorea, Japan, China und Russland an den Gesprächen teilnehmen. Allerdings, nach Gesprächen mit China, erklärte sich die US-Regierung bald mit dem chinesischen Vorschlag zu Dreiergesprächen – USA, DPRK, China – einverstanden, die in Beijing stattfinden sollten. Verteidigungsminister Rumsfeld sprach sich gegen diese Gespräche aus, konnte sich aber damit nicht durchsetzen. Präsident Bush räumte seinem Verhandlungsführer in Beijing jedoch keinen Verhandlungsspielraum ein, sondern wies ihn an, lediglich die bekannte US-Position zu wiederholen, dass Nordkorea sein Nuklearprogramm sofort und definitiv aufgeben müsse, bevor die USA bereit seien, über Möglichkeiten zur Verbesserung der US-amerikanisch-nordkoreanischen Beziehungen zu sprechen.

- *Bildung einer internationalen Koalition gegen Nordkorea*

Die Regierung Bush unternimmt den Versuch, eine internationale Koalition zu bilden, um damit Druck auf Pyongyang auszuüben, sein Nuklearprogramm aufzugeben. Der Vorschlag multilateraler Verhandlungen ist der jüngste Schachzug bei diesen Bemühungen. Die Regierung hat sich dabei vor allem unter Hinweis auf die offizielle Beijinger Position einer nuklearwaffenfreien koreanischen Halbinsel auf

China konzentriert, um Druck auf Pyongyang auszuüben. Zudem besitzt die VR China ein nach wie vor gültiges gegenseitiges Verteidigungsabkommen mit Nordkorea und versorgt die DPRK mit großen Mengen Erdöl und Lebensmitteln und ist damit seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zur Nabelschnur Pyongyangs geworden.

China, Südkorea und Russland haben die Haltung der USA nur teilweise unterstützt, was in Washington frustriert zur Kenntnis genommen wurde. Alle drei haben vielmehr die Regierung Bush kritisiert, nicht den diplomatischen Dialog mit Pyongyang zu suchen. Sie lehnen Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea kategorisch ab. Russland hat allerdings im April 2003 erklärt, Sanktionen gegen Pyongyang zu unterstützen, falls Nordkorea offen Nuklearwaffen produziere. Alle drei setzen sich dafür ein, dass Washington Pyongyang in einem neuen Abkommen über die Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms Sicherheitsgarantien anbietet. Von ihrer Seite kam auch Widerstand gegen den Versuch der USA, den VN-Sicherheitsrat Anfang April formell mit der Angelegenheit zu befassen, was letztendlich von China verhindert wurde. Schließlich konnte die Unterstützung Südkoreas und Japans und schließlich auch Russlands für multilaterale Gespräche gewonnen werden. China nahm seinerseits Mitte Februar den Dialog mit Nordkorea auf und übte Druck auf Pyongyang aus, größere Flexibilität in der Forderung nach bilateralen Gesprächen mit den USA zu zeigen, was schließlich zu den Dreiergesprächen von Beijing im April führte. Allerdings hat China dabei offensichtlich auch Versprechungen gegenüber Pyongyang gemacht, eingeschlossen die Unterstützung der nordkoreanischen Opposition gegen eine Befassung des VN-Sicherheitsrates sowie der Ablehnung Pyongyangs einer Beteiligung Südkoreas und Japans an multilateralen Gesprächen.

- *Drohung mit Wirtschaftssanktionen*

Die Regierung Bush hat Pläne erarbeitet, um Wirtschaftssanktionen zu verhängen, falls Pyongyang nicht in eine Beendigung seines Atomprogramms einwilligen sollte. Diese umfassen u.a. die völlige Unterbrechung aller Finanzströme von Japan und anderen Quellen nach Nordkorea sowie die Unterbindung sämtlicher nordkoreanischer Waffenlieferungen in den Nahen Osten und nach Südasien. Einige Mitglieder der US-Regierung geben sich optimistisch, dass eine weitere Eskalation nordkoreanischer Provokationen schließlich andere Regierungen zur Unterstützung von Wirtschaftssanktionen bewegen werde und somit zur Isolierung der DPRK und ihrem anschließenden Zusammenbruch führen werde.

- *Militärische Optionen?*

Hinsichtlich militärischer Optionen, falls die vollständige Beendigung des nordkoreanischen Atomprogramms auf diplomatischem Weg nicht erreicht werden kann, gibt es ambivalente Äußerungen von Mitgliedern der Regierung Bush. Im Januar 2003 unterstrich die US-Regierung, dass die USA die DPRK nicht angreifen würden, als Antwort auf die wiederholten Anschuldigungen Pyongyangs, die USA planten einen Präventivschlag, aber auch auf insbesondere von Beijing, Seoul und Moskau entsprechend geäußerte Befürchtungen. Im Februar 2003 konzentrierten sich die offi-

ziellen Äußerungen über militärische Optionen auf die wachsende Überzeugung, Nordkorea könnte den Versuch unternehmen, die 8.000 in Yongbyon gelagerten Atombrennstäbe zur Gewinnung waffenfähigen Plutoniums zu nutzen und in der Folge fünf bis sechs Atombomben herzustellen.

Ende 2002 machten ehemalige Mitglieder der Regierung Clinton publik, dass die Administration einen Plan des Pentagons gebilligt hatte, Yongbyon zu bombardieren, um die Wiederaufbereitung der Atombrennstäbe zu verhindern. Die Anzeichen, dass die Regierung Bush bereit sein könnte, militärische Mittel einzusetzen, um die Wiederaufbereitung in Yongbyon zu unterbinden, sind ambivalent. Offensichtlich gibt es bisher keine endgültige Entscheidung darüber, ob die nordkoreanischen Nuklearanlagen im Falle eines Beginns der Aufbereitung bombardiert werden sollen oder nicht.

### **3 Ein neues altes Agreed Framework als Lösung?**

#### **3.1 Das Agreed Framework von 1994**

Wichtigste Grundlage der US-Politik gegenüber Nordkorea war seit Mitte der 90er-Jahre das US-amerikanisch-nordkoreanische Agreed Framework vom Oktober 1994. Dieses Abkommen war das Ergebnis schwieriger Verhandlungen zur Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms, das Pyongyang in Yongbyon begonnen hatte und im Begriff war auszuweiten. Die bestehenden Anlagen umfassten einen Atomreaktor mit einer Leistung von fünf Megawatt und einer Anlage zur Verarbeitung von Plutonium. Zwei weitere Reaktoren mit deutlich größerer Leistung befanden sich im Bau. Nordkorea hatte 1992 in einem sog. Safeguard-Abkommen mit der Internationalen Atomenergiebehörde der IAEA das Recht zugestanden, vor Ort eine Reihe von Inspektionen nordkoreanischer Atomanlagen durchzuführen. Dennoch sabotierte oder untersagte Pyongyang diese Inspektionen.

Die USA gehen davon aus, dass Nordkorea seit Anfang der 90er-Jahre über genügend Plutonium zur Herstellung von mindestens zwei Nuklearsprengköpfen verfügt.<sup>2</sup>

Im Agreed Framework erklärte sich die nordkoreanische Seite dazu bereit, den Betrieb und die Baumaßnahmen in den bekannten Atomanlagen in Yongbyon einzustellen sowie die Brennstäbe aus dem bestehenden Reaktor zu entfernen und an sicherer Stelle zu lagern. Im Gegenzug sagten die USA die Lieferung von jährlich 500.000 Tonnen Schweröls bis zur Fertigstellung des von den USA organisierten Baus von zwei Leichtwasserreaktoren zu. Bevor Nordkorea spaltbares Material für diese Reaktoren erhält, muss Pyongyang seinen Verpflichtungen als Signatarstaat

---

<sup>2</sup> Verteidigungsminister Rumsfeld erklärte anlässlich eines Besuches in Moskau im August 2001, dass er von zwei bis fünf Nuklearwaffen Nordkoreas ausgeht.



des Atomsperrvertrags (NPT) nachkommen, d.h. insbesondere auch die im Safeguard-Abkommen von 1992 spezifizierten Inspektionen vor Ort durch die IAEA zulassen.

Um den Verpflichtungen zur Öllieferung und zum Bau der Reaktoren nachzukommen, wurde die Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO) gegründet. Führende Mitglieder der KEDO sind die USA, Südkorea, Japan und die EU. Japan und Südkorea haben zugesagt, den Löwenanteil der auf 5-6 Milliarden US-Dollar geschätzten Kosten zu übernehmen. Im Abkommen wurde ursprünglich 2003 als Zieldatum für die Fertigstellung des ersten Kraftwerkes vereinbart, allerdings sind in der Zwischenzeit erhebliche Verzögerungen eingetreten – zum Teil von Pyongyang zu verantworten, zum Teil aber auch auf falsch eingeschätzte legale und bürokratische Hindernisse zurückzuführen. Die KEDO selbst erwartete bis zum Beginn der gegenwärtigen Krise die Fertigstellung des ersten Reaktors im Jahr 2008. Daneben sah sich die KEDO bald mit steigenden Kosten für die jährlichen Öllieferungen konfrontiert. Betrug die Kosten für die Lieferung der 500.000 Tonnen 1996 noch etwa 30 Mio. US-Dollar, schnellten diese Kosten 2001 auf 120 Mio. US-Dollar hoch.

### **3.2 Elemente eines erweiterten Agreed Framework**

Auch wenn militärische Optionen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden (so die Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice und der Sprecher des Präsidenten Ari Fleischer) strebt die US-Regierung ohne Zweifel eine diplomatische Lösung der derzeitigen Nordkoreakrise an – nicht zuletzt aufgrund der enormen Risiken eines Militärschlags (Nordkoreas Nuklearwaffen könnten einsatzbereit sein, zudem ist seine Artillerie allein schon in der Lage, die 10-Millionen-Metropole Seoul in Schutt und Asche zu legen) und auf Druck aller Nachbarn der DPRK in Nordostasien: Südkorea, Japan, China und Russland.

Als Option bleibt ein deutlich erweitertes Agreed Framework zwischen den USA und der DPRK. Darin müsste sich Pyongyang verpflichten, auf jegliche Nuklearrüstung zu verzichten, sein Raketenmoratorium auf unbegrenzte Zeit zu verlängern, den Export von Raketen einzustellen sowie auf die Herstellung und Lagerung von biologischen und chemischen Waffen zu verzichten. All dies müsste durch eine ausreichende Zahl von Inspektoren der IAEA verifiziert werden. Möglicherweise könnten noch Abrüstungsschritte im konventionellen Bereich aufgenommen werden. Im Gegenzug erhielte die DPRK die geforderten Sicherheitsgarantien, Wirtschaftshilfe und diplomatische Anerkennung sowie die Verpflichtung der Gegenseite zu konventioneller Abrüstung (Südkorea bzw. Ausdünnung der US-Militärpräsenz). Aufgrund der inzwischen eingetretenen Fortschritte im nordkoreanischen Nuklearprogramm stellen sich für die Verifizierung heute viel größere Probleme als 1994. Auch würde von einem Einlenken gegenüber nordkoreanischer Erpressung eine negative Signalwirkung für das internationale Nichtverbreitungsregime ausgehen, und eine solche Verhandlungslösung brächte keine nachhaltige Lösung der Nordkoreafrage. Das Lavieren Nordkoreas am Rande des ökonomischen und des in der

Folge wohl unausweichlichen politischen Zusammenbruchs – und es gibt kaum Perspektiven für eine grundsätzliche Besserung der wirtschaftlichen Lage – könnte dazu führen, dass sich Pyongyang schon bald erneut gezwungen sehen könnte, sein Überleben durch die Erpressung neuer internationaler Hilfsleistungen zu sichern. Dennoch gibt es zu einer Verhandlungslösung keine akzeptable Alternative!

ISSN 1432-0142  
ISBN 3-88910-296-4

Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2003

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk  
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p><b>Korea 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft</b> / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2003. – 315 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-296-4</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT  
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: [www.duei.de/ifa](http://www.duei.de/ifa).

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde ([www.duei.de/dok](http://www.duei.de/dok)) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: [dok@duei.de](mailto:dok@duei.de)).